

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Vordorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staubitz, Threma usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

**Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr**  
In den folgenden Tagen. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—  
durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besteller  
keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise:** Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Um-  
schicker Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Bunderl Mk. 2.—.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,  
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.  
— Belegungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrauensamt Naunhof Nr. 2

Printed and Published by Carl Naunhof in Leipzig, Markt 2.

Nummer 16

Sonntag, den 6. Februar 1921

32. Jahrgang

## Amthliches.

In der Woche vom 7. bis 13. Februar 1921 erhalten Versorgungs-  
berechtigte

40 gr Butter = 1.— Mk.

auf den Abschnitt 2 der Butterkarte.

Grimma, 4. Februar 1921.

15 d Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

## Staatliche Fachschule für Land- und Gartenbau

**Lehrerschule des Pädagogischen Seminars für  
Landwirtschaftslehre beim Landwirtschaftlichen  
Institut der Universität Leipzig.**

Die Schule bietet unter Vorkleitung von der Fortbildungs-  
schule in drei Jahreskursen durch wöchentlich zweimaligen  
wenigstens dreistündigen unentgeltlichen Unterricht Allgemein-  
und Fachbildung bei Unterbrechung in der nächsten Arbeitszeit  
der Landwirte und Gärtner. Anmeldung für Männer  
mit Schulzeugnis schriftlich oder mündlich im Seminar, Brüder-  
straße 34, II (Ecke Stephanstraße) Mittwoch und Sonnabend  
vorm. 11—12 Uhr. Näheres durch Hofrat Prof. Dr. John.

Die nächste Mutterberatungsfunde findet  
Dienstag, den 8. Februar d. J. von nachmittags 2—<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
in der neuen Schule im Lehrerzimmer und Zimmer 4 statt.  
Naunhof, am 4. Februar 1921. Der Bürgermeister.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma  
erhält vom 1. Februar d. J. ab für jede Schrotkarte  
und vom 1. März d. J. ab für jede Wahlkarte eine  
Gebühr von 50 Pfg.  
Naunhof, am 4. Februar 1921. Der Bürgermeister.

## Die Ausfuhrabgabe.

Aber die wirtschaftliche Tragweite der Pariser Be-  
schlüsse gibt die Wirtschaft der Deutschen irgendwelchen Ein-  
schränkungen hin, man kann sogar annehmen, daß selbst in  
Frankreich und England jeder, der wirtschaftlich denken  
kann, sich über sie im klaren ist. Die deutsche Volkswirt-  
schaft soll erdrosselt werden; das Eigentümliche dabei ist  
nur, daß man, ganz wie im Versailles Friedensvertrage  
selbst, die Henne gleichzeitig schlachten und goldene Eier  
legen lassen will. Das tritt nirgends klarer zutage, wie  
bei der vorgesehene Ausfuhrabgabe, die ja überhaupt  
ein etwas eigentümliches Gewächs ist. Ausfuhrabgaben  
an sich sind ja, wenn sie auch nicht gerade häufig vorkom-  
men, wirtschaftlich nicht ausgesprochenes neues, aber  
man ist bisher immer davon ausgegangen, daß sich mit  
solchen Ausfuhrabgaben nur Waren belasten lassen, die  
das Ausland unter allen Umständen kaufen mußte — be-  
kannteste Beispiele: chilenischer Salpeter und brasilianischer  
Kaffee. Bei diesen hat sich die Ausfuhrabgabe während  
ihres Bestehens mehrfach für das Geschäft so hinderlich er-  
wiesen, daß sie ermäßigt oder außer Kraft gesetzt werden  
mußte. Beim Chilealpeter scheint man jetzt so weit zu  
sein, daß die Ausfuhrabgaben der Ausfuhr ausgesprochen  
schädlich werden: auch dort spricht man jetzt nicht selten  
von Ermäßigung oder Aufhebung. Aus den letzten Jahren  
ist auch die Ausfuhrabgabe für argentinischen Weizen ein  
recht beachtenswertes Beispiel. Auch dort ließ sie sich nur  
so lange unangefochten aufrechterhalten, wie der argen-  
tinische Weizen nahezu weitverbreitet bestand.

Und nun übertrage man die Erfahrungen, die sich aus  
solchen Beispielen ergeben, einmal auf die deutschen Ver-  
hältnisse. Von Waren, die Deutschland allein liefern  
könnte, gibt es bekanntlich nicht eine mehr, denn das  
deutsche einseitige Naturreichmonopol für Kaffee gehört seit der  
Annektion des Ostafrika der Vergangenheit an. Vielleicht  
aber liegt gerade hier ein Grund für die französische Zu-  
stimmung zu diesem Plan. Denn den Kaffeeplantagen des  
Ostafrika könnte natürlich gar nichts Besseres geschehen, als  
wenn ihr einziger Wettbewerber mit einer Sonderabgabe  
von einem vollen Anteil des Weltbedarfs an die elstischen  
Gruben überginge, ist allerdings unwahrscheinlich; ihren  
französischen „Erwerb“ würde aber ein sehr schöner  
Ubergewinn zutreffen. — Das ist aber ein Einzelfall. Im  
übrigen erzeugt Deutschland nur Waren, in denen es den  
schärfsten Wettbewerb mit den anderen Industrie-  
aufnehmern muß, einen Wettbewerb, in dem es schon da-  
durch benachteiligt ist, daß es, außer Kohle, Rohstoffe in  
nur verhältnismäßig geringem Umfang sein eigen nennt.  
Die Ausfuhrprämie aus dem Wert der Waren ist ja  
nach allen Erfahrungen etwas ganz Vorübergehendes.  
Mit anderen Worten: der für die französisch-englischen  
Taschen bestimmte Ausfuhrzoll von einem Anteil würde  
die deutsche Industrie zwingen, die Selbstkosten um diesen  
Anteil zu erniedrigen. Welches ist aber seit jeher und jetzt  
mehr als je der wichtigste und größte Teil der Selbst-  
kosten? Der Arbeitslohn. Dieser würde also unter allen  
Umständen auf schärfste heruntergedrückt werden müssen,  
um den Forderungen des Verbandes zu genügen, — eine  
Tatsache, an der auch die infolge der alldem zweifellos  
zu erwartenden neuen Senkung des Marktwertes als bald  
wieder eintretenden Steigerungen des Selbstwertes nichts

ändern würden. Denn wenn vom Wert der deutschen  
Gütererzeugung von vornherein ein Anteil für die ange-  
leglichen Wiedergutmachungszwecke beschlagnahmt wird, so  
bleibt eben für den Bürger Deutschlands ein Anteil  
weniger übrig. Und ob er für seinen Anteil dann hun-  
dert oder 20 000 Papiermark bezahlen muß, um einmal die  
Spanne besonders stark zu wählen, ist ganz gleichgültig:  
das teurer bezahlte Risiko Brot fähig auch nicht mehr, der  
teurer bezahlte Anzug hält auch nicht länger.

Um aber den volkswirtschaftlichen Schaden voll zu  
machen, sind bekanntlich mit der Ausfuhrabgabe unge-  
heuerliche feste Entschädigungen verknüpft, Summen, die  
nur durch Warenausfuhr in allergrößter Nähe bezahlt  
werden können. Das heißt also, man schränkt auf der  
einen Seite die Verbrauchsfähigkeit Deutschlands auf  
äußerste ein, wahrscheinlich sogar ganz erheblich unter das  
Existenzminimum, sagen wir etwa der Zeit des dreißig-  
jährigen Krieges, man vermehrt aber gleichzeitig die auf  
den Weltmarkt geworfenen Warenmassen ins Unerblich-  
liche, daß man Deutschland zwingt, um jeden Preis  
für den Weltmarkt zu produzieren, — und zwar im  
wesentlichen Waren, die andere auch erzeugen, nicht etwa  
Lebensmittel, in denen ja der Weltmarkt eine Mehrver-  
sorgung nach dem Ausschneiden Russlands recht gut ge-  
brauchen könnte. Auf diese Art werden die Wirkungen des  
russischen Beispiels natürlich ins tolle übersteigert wer-  
den. Russland fehlt dem Weltmarkt zurzeit als Abnehmer  
völlig, was neben dem teilweisen Ausschneiden Mittel-  
europas an der Schwere der Weltwirtschaftskrise schuld  
ist, in die wir eingetreten sind. Es fehlt aber auch als  
Lieferer von Industriegütern, — und hier hört die Ähn-  
lichkeit mit Deutschland auf. Die Wollspinner von Brad-  
ford, deren beste Abnehmer in Deutschland saßen, die eng-  
lischen Ausfuhrhäuser, zu deren größten Abnehmern eben-  
falls Deutschland zählte, werden die Folgen von Versailles  
zweiter Auflage bald noch kräftiger verspüren, als sie  
von der ersten Auflage empfanden. Und auch der Absatz-  
raum für französische Luxuswaren dürfte sich bald  
empfindlich weiter verengern. Am gefahrlichsten darf man  
übrigens darauf sein, wie die Arbeiter der übrigen Staa-  
ten sich zu den Pariser Beschlüssen und ihren Folgen ver-  
halten werden. Denn daß der Lohnbruch auf Deutsch-  
land beschränkt bleibe, ist natürlich ausgeschlossen. Der  
erzwungene deutsche Wettbewerb wird außerdem überall  
die Arbeitslosigkeit großen Maßstabes zur Dauereinrich-  
tung machen. Und an diesem, für alle Industrie-  
routinen Wettbewerb würde auch die sorgsamst ausge-  
stufte Ausfuhrabgabe nichts ändern können. L. S.

## Unannehmbar!

Die geschlossene deutsche Front.

Regierung, Reichstag und das deutsche Volk sind so  
einig wie noch nie zuvor in der unbedingten Ablehnung  
der wahnwitzigen Ententesforderungen, die auf Generatio-  
nen hinaus eine Anechtschaft für das deutsche Volk be-  
deuten würden. Eine einzige traurige und kümmerliche Aus-  
nahme bilden die Moskowiter der äußersten Linken, die  
Leute um Levi und Hoffmann, von denen bezeichnender-  
weise der „Vorwärts“ in seinem Stimmungsbild über die  
Reichstagsitzung vom Mittwoch sagt: „Und nun waren  
auch alle Wadaugeifer des letzten linken Winfels losge-  
lassen. Es ist eine Schande für die Arbeiterklasse, daß das,  
was sich in jenem Winkel herumdrückt, als Arbeiterver-  
treter gelten will. Wir rücken weit davon ab.“ Dieser  
Fremdsinnigkeit braucht man nichts hinzuzufügen, denn sie  
ist deutlich genug.

Erklärung des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände  
der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung um-  
fassende Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Ver-  
treterkonferenz Stellung zu den Reparationsbeschlüssen der  
Alliierten in Paris.

Einmütig erklärte die Versammlung darin das Be-  
streben, unter dem Namen und Schein der Wiedergut-  
machung die völlige Verklammerung des deutschen Volkes her-  
beizuführen. In der kurzen Zeit des Bestehens bereits  
ungezählte Male von Deutschlands Gegnern überschritten,  
werde der Vertrag von Versailles nunmehr offen beiseite  
geschoben. Verpflichtungen aus ihm für die Entente wür-  
den mitschuldig, selbst auf den Kaufschein, den sogenannten  
Friedensvertrag als ein Instrument des Friedens anzu-  
sehen, komme es den Gegnern offenbar nicht weiter an.

In einer Entschliebung erklärt die Vertreterkonferenz  
u. a.: „Vom Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbeson-  
dere der lediglich auf die Ausfrangungen von Kopf und  
Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer,  
gibt es auf die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche des  
Pariser Reparationsplanes nur die eindeutige Antwort:  
Nein! Das gilt von vertragswidrigen Zuminungen,  
wie dem Verlangen, 42jährige Zahlungen für Summen,  
die in der vertraglichen 30jährigen Höchstdauer der Be-  
lastung aus Deutschland herauszuholen sogar die Entente  
für unerfüllbar ansieht; es gilt allgemein von der will-  
kürlichen Festsetzung der Summen ohne Rücksicht auf die  
Vertragsverpflichtung, sie dem Deutschen Reiche auf  
Grund wirtschaftlicher, im einzelnen nachzuweisender Schaden-  
ersatzansprüche zu bemessen. Vor allem gilt es, von dem  
Verlangen einer 12prozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten  
der gegnerischen Staaten, welche die deutsche Volkswirt-  
schaft in einen Frontdienst für das feindliche Ausland, die  
deutsche Ausfuhr zum wertlosen Schatten einer solchen und  
die Ernährung weitester Kreise unseres Volkes zu einem

unabsehbaren Hungerdasein herabzudrücken droht. Sta-  
benarbeit will der Deutsche, werden unsere deutschen  
Arbeiter und Angestellten niemals tun! Lasten in der  
sinnlosen, nicht einmal durch Deutschlands gefamtes Ratio-  
nalvermögen zu bedeckenden Höhe, sowie unter Bedingungen,  
welche Schweiz und Nähe deutscher Arbeit für alle Zeit  
zur Hoffnungslosigkeit verdammen würden, darf kein Volk  
übernehmen, das für seine Pflichten noch Ehre und sitt-  
liche Begriffe anerkennt. Namens der zwei Millionen im  
Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter, Ang-  
estellten und Beamten fordern wir daher alle Parteien,  
Berufsverbände und sonstigen für Deutschlands Zukunft  
mitverantwortlichen Organisationen auf, die Regierung in  
ihrem schweren Abwehrkampf nachhaltig zu unter-  
stützen.

## Zur Einladung nach London.

Nach den Angaben der Pariser Presse beschäftigen sich  
die amtlichen Kreise in Paris mit der Frage, welche Maß-  
nahmen die alliierten Regierungen ergreifen sollen gegen-  
über den Erklärungen, die Minister Dr. Simons im  
Namen der deutschen Regierung im Reichstage abgegeben  
hat. Man meint, daß die Ablehnung der Entente-Beding-  
ungen seitens des Reiches weniger fest sei, als es im  
ersten Augenblick den Anschein hatte. Die festigen Proteste  
die die Erklärungen begleiten, lassen darauf schließen,  
und wenn man den Text etwas näher betrachtet, so müsse  
man bemerken, daß Dr. Simons sich keineswegs festgelegt  
habe, im Gegenteil, er hat sich sehr vorsichtig ausgedrückt,  
indem er sagte, Deutschland hätte noch keine Einladung  
nach London erhalten. Die Deutschen wissen sehr gut,  
unter welchen Bedingungen sie nach London gerufen wer-  
den, sie wissen sehr gut, daß diese Bedingungen die glei-  
chen sein werden wie in Spa. Diplomatische Kreise sind  
überzeugt, daß es in London ebenso sein werde. Die  
Deutschen wissen ganz gut, daß man weit davon entfernt  
ist, sie nicht anhören zu wollen. Den Erklärungen Lloyd  
Georges zufolge sollen sie sich darauf beschränken, zu be-  
weisen, worin die Unausführbarkeit der in Paris be-  
schlossenen Klauseln besteht. Der englische Premier er-  
wartet diese Beweisführung.

## Deutschlands Etat unter Kontrolle.

Die Befehle der Entente.

Der Anhang 1 aus dem Bericht der alliierten Sach-  
verständigen auf der Brüsseler Konferenz, der vom 11. No-  
vember datiert ist und die deutsche Regierung und das  
deutsche Budget betrifft, ist in Paris amtlich veröffentlicht  
worden. Der Bericht besagt, daß die in dem Haushalts-  
plan für 1920 eingeschlagenen Ziffern nur unter Vorbehalt an-  
genommen werden könnten, besonders bezüglich der im  
Budget zur Ausführung des Friedensvertrages einge-  
setzten Kredite, zu deren Festsetzung es der deutschen Ver-  
waltung auch an den erforderlichen Angaben fehle.

Zu beachten sei bei der Betrachtung des Budgets die  
Erklärung des Finanzministers Wirth im Reichstage am  
27. Oktober 1920, daß der Etat zur Ausführung des  
Friedensvertrages das beste Agitationsmittel sei, aber daß  
das deutsche Volk verfüge, und in der ganzen Welt ver-  
breitet werden müßte. Die Sachverständigen haben her-  
vor, daß der Etat für Auswärtige Angelegenheiten von  
24 auf 295 Millionen und für das Innere von 19 auf  
1435 Millionen gestiegen sei. Die Ausgaben für Post-  
und Telegraphenwesen beliefen sich für das Personal auf  
5366 gegen 756 Millionen im Jahre 1919. Die Ausgaben  
zur Ausführung des Friedensvertrages könnten verringert  
werden. Die deutsche Regierung übernehme Ausgaben,  
zu denen sie nicht verpflichtet sei. Einseitlich der Ein-  
nahmen des deutschen Budgets betonten die Sachverständigen,  
daß die Steuern auf alkoholische Getränke viermal  
weniger einbrächten als in England und sechs mal weniger  
als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak,  
Kaffee und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker sei  
nicht hoch und bilde nur den 25. Teil der Steuerein-  
nahmen, während sie z. B. in Italien <sup>1</sup>/<sub>3</sub> derselben aus-  
mache. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Prozent  
würde einen Mehrbetrag von zwei bis drei Millionen er-  
geben. Auch die Zollerträge könnten vermehrt werden  
und ihre tatsächliche Erhöhung sei wünschenswert. Denn  
die Löhne und Rohstoffe würden in Deutschland nicht im  
Verhältnis zu dem niedrigen Wert des Papiergeldes  
steigen, was für die Ausfuhr Deutschlands ein wahres  
Dumping sei.

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, man könne  
damit rechnen, daß das Gleichgewicht des ordentlichen  
Budgets in naher Zukunft wiederhergestellt werde, wenn  
alle Ausgaben nicht dringender Art ausgeschlossen wür-  
den. Man könnte wohl hoffen, wenn auch wohl nicht bei  
den ersten Versuchen, so doch wenigstens bei den folgenden,  
daß höhere Einnahmen erzielt würden. Es scheint eben-  
falls, daß das Reich in kurzer Zeit den Verpflichtungen  
aus dem Vertrage mit Hilfe der Einziehung und ohne Er-  
höhung der Papiergeldflut nachkommen könne.

## Fort mit der schwarzen Schmach!

Argentinische Blattschrift an den Papst.

Die gesamte argentinische Presse veröffentlicht eine  
von den ersten und einflussreichsten argentinischen Damen.